

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 17.11.2005

Vorlage Nr. 05-F-02-0044

Gedenken an das Schicksal der Vertriebenen
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.09.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

sich einmalig mit fünf Cent pro Einwohner zugunsten der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“ zu beteiligen und damit zum offiziellen Paten der Stiftung zu werden;

sich darum zu bemühen, Teile der Patenschaft durch Sponsoren finanzieren zu lassen;

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

sich einmalig mit fünf Cent pro Einwohner zugunsten der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“ zu beteiligen und damit zum offiziellen Paten der Stiftung zu werden;

sich darum zu bemühen, Teile der Patenschaft durch Sponsoren finanzieren zu lassen;

Dringlichkeitsantrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.11.2005.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Koalitionsvertrag (Seite 114, Zeile 5557-5562) vom 11.11.2005 zwischen der Bundes-SPD und Bundes-CDU getroffene Verabredung folgenden Wortlaut hat:
"Die Koalition bekennt sich zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um - in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus - an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten."
2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Absicht der zukünftigen Bundesregierung und unterstützt die Anregung des vormaligen Bundespräsidenten ein 'Netzwerk Erinnerung und Solidarität' zu schaffen.

Änderungsantrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 16. November 2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Ziele und die Tätigkeit der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“. Der Magistrat wird daher gebeten, Sponsoren für eine offizielle Patenschaft der Stadt Wiesbaden für die Stiftung zu gewinnen.

Änderungsantrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 17.11.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ziffer 1 erhält folgende Fassung: ... 10 Cent pro Einwohner

Ziffer 2: ... sich darum zu bemühen, Sponsorengelder in gleicher Höhe für diesen Zweck einzuwerben .

Angefügt wird: 3. Die Finanzierung erfolgt aus dem Kulturretat.

Beschluss Nr. 0500

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.09.2005 betr.

Gedenken an das Schicksal der Vertriebenen

wird gemeinsam mit dem

- Dringlichkeitsantrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.11.2005

- Änderungsantrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 16.11.2005 und dem

- Änderungsantrag des Fraktionsstatusinhabers Die Republikaner vom 17.11.2005

zur weiteren Beratung an der Ältestenausschuss überwiesen.

1. Der Vorsitzenden
des Ältestenausschusses
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2005

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .11.2005

Dezernat I
Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister